



Das zerklüftete System

In Hamburg wagt sich Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig (CDU) weit vor. Sie will die Hauptschule abschaffen. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, ebenfalls CDU, will die Hauptschule keineswegs abschaffen, erklärt aber das Gymnasium zur wahren Hauptschule. 40 Prozent sollen dorthin gehen. Er erkennt eine Drift an, die vom Elternwunsch ausgeht. Sie wird noch stärker werden. Aber wie passt Wulffs Kurskorrektur ins dreigliedrige Weltbild, demnach die Hauptschule der Normalfall ist und die höhere Schule den »Begabten« vorbehalten bleiben sollte? Die Parameter, wer wohin gehört, wurden fortlaufend dem Markt angepasst. In den 50er Jahren galt vor der höheren Bildung noch eine Fünf-Prozent-Hürde.

Blinde Passagiere?

Aus dem ständig gegliederten ist ein tief zerklüftetes System geworden. Von Grundschulen abgesehen fühlen sich Schüler nirgendwo vorbehaltlos akzeptiert. Hauptschüler zu sein ist inzwischen vielerorts ein Stigma. Aber auch im Gymnasium kommen sich viele wie blinde Passagiere vor. Und auf dem Mitteldeck, der Realschule, fühlt man sich zweitklassig. Je weiter sich das zerklüftete System auflöst und doch nicht stirbt, desto mehr entwickelt es sich zu einem neurotisierenden Apparat, in dem kaum jemand zu Hause ist. Anerkennung wird vielen verweigert und mit dem Versprechen von Zugehörigkeit wird gegeizt. Das aber sind Grundstoffe von Bildung.

Es sieht so aus, als würden die bisherigen Heilungsversuche des Systems die Risse noch vertiefen. In dieses Dilemma sind zuerst die sozialdemokratischen Bundesländer geraten, als sie das Integrationsziel Gesamtschule aufgaben und die Abiturientenquote zum Maß für den proklamierten Aufstieg durch Bildung machten. Die Konservativen verteidigten die Haupt- und Realschule ja nicht nur, um deren Würde, sondern auch um das eigene Weltbild und reale Hierarchien zu

schützen. Sie konnten den Verlust an Wertschätzung für diese Schulen bremsen, aber nicht aufhalten. Immerhin, in den alten Beständen von Zugehörigkeit liegt wohl ein Grund, dass im konservativen Süden die Pisa-Ergebnisse besser sind. Aber wie lange lässt sich von dieser fragwürdigen, ständischen Stabilität noch zehren?

Spaltung

Auch in München und Stuttgart beherrscht das Gymnasium die Gespräche von Müttern und Vätern bereits auf den Spielplätzen. Gegen Ende der Grundschule ist es Thema Nummer eins. Dabei werden Antworten für diejenigen, die am Gymnasium abprallen, knapp. Ideen für eine Schule, die für alle Raum und Zeit zum Lernen und tatsächlich Bildung kultiviert, stehen im Schatten der Zwangsvorstellung von der Eignung oder Nichteignung der Kinder. Das Eignungsdogma, vor allem die Angst, nicht dazu und vielleicht sogar zu den Überflüssigen zu gehören, vergifft und lähmt die Schulen in diesem Land. Die Frage, wie diese denn aussehen müssten, wenn sie für die Kinder geeignet sind, geht dabei immer wieder unter. Sogar der ganz normale Wunsch von Eltern, das Beste aus dem Leben der Kinder zu machen, wird unter den misstrauischen Vorzeichen, ob es sich denn um das richtige Kind für die jeweilige Schule handelt, häufig als falscher Ehrgeiz verdächtigt, zu dem dieses System ja auch tatsächlich verführt. Kein Wunder, dass dieser Generalverdacht die schwächeren sozialen Schichten eher vom Bildungsengagement abschreckt als die Arrivierte, die Defizite mit Milliardenausgaben für Nachhilfe kompensieren.

Wenn es nicht gelingt, die Vorstellung von Bildung gleichermaßen mit individuellen Hoffnungen, Gemeinsinn und Ideen zur Weiterentwicklung der Kultur aufzuladen, dann bleibt die Schuldebatte spröde, bürokratisch und die Alltagspraxis wird noch egoistischer. Dann triumphieren die Philister, die vor Jahren

Werner Remmers, CDU-Kultusminister in Niedersachsen, so parodierte: »Aufs Gymnasium gehören nur die wirklich geeigneten Kinder – und meine.« Selbst »individuelle Förderung«, die nach Pisa Konjunktur hat, verkommt ohne eine Klimapolitik für eine gute Schule zur Autistenbildung.

Ehrgeizige Eltern?

Im über Jahrzehnte sozialdemokratischen Nordrhein-Westfalen ist das System besonders zerklüftet. Enorme Rückläuferquoten. Auf zwölf von einer Schulform herabgestufte Schüler, kommt nur ein Aufsteiger. Das lastet die neue schwarzgelbe Landesregierung der rot-grünen Vorgängerin und vor allem »den ehrgeizigen Eltern« an. Gegen diese Erosionen des Systems soll ein neues Schulgesetz helfen. Es macht die Empfehlungen der Grundschule verbindlicher. Kultusministerin Barbara Sommer nennt das »eine neue Beratungskultur«. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers glaubt damit sogar »den Kindern jahrlange Qualen zu ersparen.« Wirklich? Der Versuch, mit Empfehlungen im Befehlston den Rückläuferstrom zu drosseln, um damit dem System die längst verlorene Stabilität zurückzugeben, wird mit dem Preis von mehr Angst, Misstrauen und noch mehr Bildungsegoismus erkauft werden.

P.S.

Beratung gelingt nur mit Vertrauen. In NRW führt das neue Gesetz nun auch verbindliche Sprachtests zuerst für Vierjährige und dann noch mal zum Schulanfang ein. Können Eltern und Kinder diese Tests, die ihre erste Begegnung mit dem selektiven System sind, nur als Beratung ansehen? Geldbuße droht denen, die nicht zum Test kommen. Schafft man so das Klima für eine Schule, die zur Bildung des eigenen Lebens einlädt?

P.P.S.

Kritik, Zustimmung oder Brainstorming: www.reinhardkahl.de